Industriestandort Deutschland: Risse im Fundament

DIHK-Umfrage im Netzwerk Industrie 2014

DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Die Auswertung „Industriestandort Deutschland: Risse im Fundament“ basiert auf einer Befragung unter Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern („Netzwerk Industrie“) durch 62 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland.

Insgesamt sind in die Auswertung Einschätzungen von 1.300 Unternehmen zur Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland eingegangen. Die Befragung hat zum dritten Mal stattgefunden, nach 2008 und 2011.

Der Umfragezeitraum erstreckte sich von Ende Juni bis Anfang August 2014.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation – Berlin 2014

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation

Dr. Alexander Schumann, Dr. Michael Liecke

Bildnachweise

www.Thinkstock.de / www.gettyimages.com

Stand

September 2014

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze 4

I. Der Industriestandort Deutschland im Urteil der Unternehmen 7

II. Investitionshemmnisse für den Industriestandort Deutschland 14

III. Themenkomplex Vernetzte Produktion 18

IV. Maßnahmen der Unternehmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit 21

Fragebogen 25

DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie 29

Das Wichtigste in Kürze

Standortfaktoren:

- Die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Sachen Wettbewerbsfähigkeit bewerten die Industrieunternehmen mit einer „Drei minus“ (3,3). Hier lagen die Benotungen bereits in den vorangegangenen beiden Befragungen 2008 und 2011.

- Die Note für den Standortfaktor Energiekosten lautet 4,4 (2011: 4,2). Das bedeutet die zweitschlechteste Bewertung unter allen Standortfaktoren. An letzter Stelle rangiert unverändert die Komplexität des Steuerrechts (Note: 4,5). Die hohen Energiekosten in Deutschland sind aktuell nicht nur größtes Konjunkturrisiko[1], sondern wachsen sich zu einem strukturellen Hemmschuh aus und das nicht nur in einzelnen Branchen.

- Die Zufriedenheit der Industrieunternehmen mit der IT-Infrastruktur rutscht merklich ab. Die aktuelle Note 3,1 bedeutet gegenüber den Vorumfragen 2011 (Note: 2,5) und 2008 (Note: 2,3) eine klare Verschlechterung. Kein anderer Standortfaktor büßt in ähnlichem Umfang ein. Das ist ein Warnsignal mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie. Aktuelle „Durchbruchsinnovationen“ wie z. B. Cloud Computing, Smart Grids und nicht zuletzt Industrie 4.0 erfordern eine leistungsfähige IT-Infrastruktur. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internet-Anschlüssen versorgt.

- Positiver schätzen die Industrieunternehmen ihre Finanzierungsmöglichkeiten hierzulande ein. Die Note verbessert sich spürbar um 0,4 Punkte auf 2,9, immerhin etwas besser als “befriedigend“. Größere Unternehmen bewerten die Finanzierungsmöglichkeiten sogar annähernd als gut (2,6 bei Unternehmen über 500 Beschäftigte). Ihr besserer Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet ihnen häufig einen größeren Finanzierungsspielraum. Zu den insgesamt aufgehellten Finanzierungsbedingungen tragen die bislang noch gute Konjunkturentwicklung und insbesondere die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bei. Das überlagert momentan noch die Auswirkungen der verschärften Finanzmarktregulierung, wird sie aber letztlich nicht obsolet machen können.

[1] DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2014.

Investitionen:

- Mehr als die Hälfte der befragten Betriebe sieht Investitionshemmnisse am Standort Deutschland (56 Prozent). Branchen wie die Chemische (inklusive Pharmazeutische) Industrie (62 Prozent) oder die Metallerzeuger (60 Prozent) berichten sogar noch häufiger von Erschwernissen bei Investitionen. Der Maschinenbau und oder die Elektrotechnik beurteilen die Hindernisse mit 48 bzw. 49 Prozent etwas weniger kritisch.

- Bei der Frage nach konkreten Investitionsbremsen stechen steuerliche Aspekte hervor. 45 Prozent der Betriebe würden bei einer Verbesserung des Standortfaktors „Steuern und Abgaben“ mehr (31 Prozent) oder sogar deutlich mehr (14 Prozent) im Inland investieren. Neben der Höhe und der Komplexität zählen auch die derzeitigen Abschreibungsbedingungen zu einer schwerwiegenden Investitionsbremse. Die Wiedereinführung der degressive AfA würde bei 35 Prozent der Betriebe zu mehr Investitionen führen.

- Die Energiekosten haben sich zu einem Standortnachteil entwickelt und schlagen voll auf die Investitionsbereitschaft durch: Knapp vier von zehn Betrieben würden bei einer Verbesserung bei diesem Standortfaktor ihre Investitionsbudgets ausweiten (14 Prozent „deutlich mehr“ und 26 Prozent „mehr“).

- 23 Prozent der Unternehmen würden bei einer verbesserten IT-Infrastruktur mehr investieren. Schnelles Internet ist eine Grundvoraussetzung für Technologiesprünge im Industriebereich (Stichwort „Industrie 4.0“). Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur würde immerhin jedes fünfte Industrieunternehmen in Deutschland zu mehr Investitionen veranlassen.

- Elf Prozent der Industrieunternehmen geben an, zukünftig Produktion stärker ins Ausland zu verlagern, lediglich drei Prozent geben an weniger zu verlagern. 61 Prozent der Betriebe beschäftigen sich momentan nicht mit Standortverlagerungen. Das Bild gewinnt an Schärfe, wenn man die Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern betrachtet, eine Größenklasse mit vielen Firmen, die besonders im internationalen Wettbewerb stehen. Hier geben sogar 23 Prozent an, künftig stärker Produktion ins Ausland zu verlagern.

Vernetzte Produktion:

- Für weit über die Hälfte der Industrieunternehmen hat das Thema Industrie 4.0 eine hohe Relevanz (61 Prozent). Auffallend ist, dass KMU (bis 250 Mitarbeiter) dem Thema Industrie 4.0 weniger Priorität einräumen (59 Prozent „wichtig“ und „sehr wichtig“) als größere Betriebe (ab 500 Mitarbeiter 72 Prozent). Vielfach sind den kleineren Unternehmen die Chancen von Industrie 4.0 noch zu unbekannt, teilweise sehen sie auch nicht die Relevanz für ihre Geschäfte.

Sofortmaßnahmen zur Reduktion der Investitionslücke:

Die Investitionstätigkeit in Deutschland ist schon seit längerem zu gering. Während Deutschland 2012 17,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung investiert hat, waren es im Schnitt der anderen Industrieländer 21,4 Prozent (z. B. Österreich 27 Prozent, Schweden 21 Prozent). In den Jahren davor sah es nicht viel besser aus, so dass sich nach DIHK-Berechnungen seit 2005 im internationalen Vergleich eine durchschnittliche Investitionslücke von etwa drei Prozent am BIP ergibt. Über die Hälfte der Betriebe sehen Hemmnisse am Standort Deutschland, die ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen – das zeigt die vorliegende Umfrage.

Wichtige Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Investitionsschwäche:

1. Zurück zur degressiven AfA: Befragt nach ihren Investitionshemmnissen, sagen 35 Prozent der Industrieunternehmen, die degressive Abschreibung würde Investitionsentscheidungen erleichtern.

2. Grenze für „geringwertige Wirtschaftsgüter“ seit einem halben Jahrhundert unverändert: Seit 1965 liegt die Grenze für sofort abschreibbare „geringwertige Wirtschaftsgüter“ bei 410 Euro. Ein realistischer Wert wäre 1.000 Euro.

3. Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessern: Die Gründung von Hightech-Unternehmen ist durch das Angebot an Wagniskapital begrenzt. Ein zentrales Hemmnis für Wagniskapital liegt in den restriktiven Regelungen zur Nutzung des Verlustvortrags (§ 8c KStG, auch Mantelkaufverbot), sie sollten auf Missbrauchsfälle beschränkt werden.

4. Breitbandversorgung flächendeckend ausbauen: Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsdatennetzen ist eine Voraussetzung für moderne Unternehmen. Er erfordert gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten wie Netzanbieter, Bund, Länder, Kommunen und Politik.

5. Gewerbeflächen verfügbar machen: Investitionen am Standort Deutschland verlangen funktionsfähige, gut erreichbare Flächen für Ansiedlung sowie Erweiterung und Modernisierung von Industrie und Gewerbe. Die Errichtung moderner Anlagen muss mit überschaubaren und verlässlichen Planungszeiten verbunden sein.

I. Der Industriestandort Deutschland im Urteil der Unternehmen

Wirtschaftspolitik aus Sicht der Industrie: schwach befriedigend

Die Industrieunternehmen bewerten die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit „Drei minus“ (3,3), ein Urteil, das bereits bei den letzten Befragungen 2011 (3,4) und 2008 (3,6) annähernd so getroffen wurde.

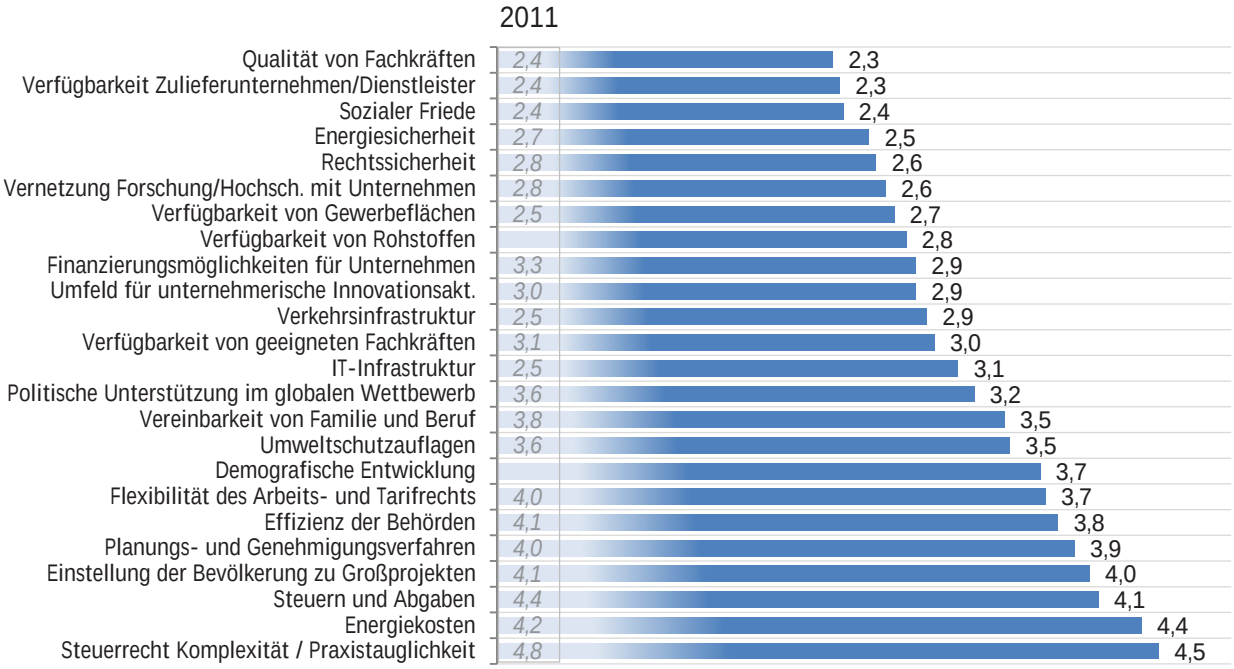
Aktuell stellen zumindest 63 Prozent der Betriebe der Politik eine „drei“ oder besser aus, was sich auch an einzelnen Standortfaktoren fest machen lässt. Fortschritte gibt es zum Beispiel, wenn es um die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen oder auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Die Gesamtbewertung ist infolgedessen unter dem Strich stabil, überdeckt aber andere spürbare Rückschritte in etlichen Schlüsselbereichen. So verschlechtern sich die Bewertungen der Unternehmen, z. B. mit Blick auf die IT- und Verkehrsinfrastruktur oder Energiekosten, zum Teil erheblich.

Schlechter als im Schnitt fällt die Benotung der aktuellen Wirtschaftspolitik in den energieintensiven Branchen Gummi- und Kunststoffindustrie (3,8), Metallerzeugung und -bearbeitung (3,7) sowie Chemische und Pharmazeutische Industrie (3,4) aus. Die Einschätzungen im Maschinenbau liegen im Durchschnitt bei 3,3. Etwas besser sieht es in der Elektrotechnik und bei den industrienahen Dienstleistern aus (jeweils Note 3,1).

Wie bewerten die Unternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland? (Gesamtnote auf einer Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

Wie bewerten die Unternehmen mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich?

(Durchschnittsnote aus 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“))



IT-Infrastruktur: Zukunftsfähigkeit in Gefahr

Die Zufriedenheit der Industrieunternehmen mit der IT-Infrastruktur rutscht merklich ab. Mit der Schulnote 3,1 verschlechtert sich die Bewertung des Standortfaktors so deutlich wie bei keinem anderen (2011 Note 2,5, 2008 Note 2,3). Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist dies ein ernstes Warnsignal. Aktuelle „Durchbruchsinnovationen“ wie z. B. Cloud Computing, Smart Grids und nicht zuletzt Industrie 4.0 erfordern eine leistungsfähige IT-Infrastruktur. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internet-Anschlüssen versorgt. Hinzu kommen Versorgungslücken in vielen Gewerbegebieten. Zudem sind zentrale rechtliche Fragen bei Datensicherheit und Datenschutz weiterhin ungelöst. Dabei handelt es sich nicht um ein branchenspezifisches Problem; die Noten unterscheiden sich kaum in den einzelnen Sparten (Maschinenbau, Elektrotechnik: 3,2).

Verkehrsinfrastruktur: Verlust an Leistungsfähigkeit

Industrieunternehmen sind auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Nur so erhalten sie Vorprodukte rechtzeitig und können ihre Kunden zügig beliefern. Mit Just in time-Produktion und der starken internationalen Vernetzung von Wirtschaftsräumen hat dieses Thema sogar noch an Bedeutung gewonnen. Die Bundesregierung geht von einer Zunahme der Verkehrsleistung im Güterverkehr von 2010 bis 2030 um 38 Prozent aus. Gleichzeitig fehlen nicht nur Mittel für den Ausbau. Die öffentlichen Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der

bestehenden Verkehrswege aus. Notwendige Projekte liegen auf Eis – trotz hoher Steuereinnahmen insbesondere aus Energie- und Kfz-Steuer sowie Lkw-Maut. Die für diese Legislaturperiode vorgesehenen zusätzlichen fünf Milliarden sind kaum mehr als der Tropfen auf den heißen Stein. So wundert es nicht, dass sich die Qualität der Verkehrsinfrastruktur aus Unternehmenssicht verschlechtert, von der eher noch guten Einstufung von 2,5 im Jahr 2011 auf 2,9.

Gewerbeflächen: Verfügbarkeit weiter eingeschränkt

Weniger gut als zuletzt bewerten die Industrieunternehmen auch die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (von 2,5 auf 2,7). Beispielsweise verhindern umweltrechtliche Bestimmungen oftmals sinnvolle Lösungen für eine gewerbliche Flächennutzung. Die immer noch ordentliche Gesamteinschätzung darf nicht über die teilweise sehr problematische Situation dieses Standortfaktors auf regionaler Ebene hinwegtäuschen. So berichten gerade in Ballungsräumen viele Industrieunternehmen von überdurchschnittlich großen Herausforderungen. Geeignete Flächen werden teilweise knapp, kommunale Flächenpotenziale sind ausgeschöpft, die politische Durchsetzung gestaltet sich in manchen Regionen schwierig.

Energiekosten wiegen immer schwerer

Die Note für den Standortfaktor Energiekosten fällt auf alarmierende 4,4 (2011: 4,2). Dies bedeutet mittlerweile die zweitschlechteste Bewertung aller Standortfaktoren hierzulande. Die hohen Energiekosten sind daher nicht mehr „nur“ größtes Konjunkturrisiko[2], sondern werden immer mehr zum strukturellen Standortrisiko. Dabei handelt es sich nicht um eine branchenspezifische Herausforderung, sondern um ein branchenübergreifendes Problem (Maschinenbau, Note: 4,5; Elektrotechnik, Note 4,3; Gummi- und Kunststoffindustrie, Note: 4,9; Chemische und Pharmazeutische Industrie, Note 4,5; Metallerzeugung und -bearbeitung, Note: 4,7; Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung, Note: 4,6). 2014 verursacht allein die EEG-Umlage eine Kostenbelastung für das Verarbeitende Gewerbe von 7,5 Milliarden Euro – das ist gut ein Prozent der industriellen Wertschöpfung. In den USA sind Industriestrompreise an vielen Standorten nur halb so hoch wie in Deutschland.

Den Standortfaktor „Energiesicherheit“ beurteilen die Unternehmen hingegen weiterhin relativ positiv. Die Betriebe verteilen hier im Schnitt die Note 2,5 (2011: 2,7). Ebenfalls unproblematisch stellt sich derzeit die Verfügbarkeit von Rohstoffen dar. Die Note von 2,7 spiegelt auch die Entspannung auf den Weltmärkten in den letzten Jahren wider.

Finanzierungsmöglichkeiten verbessert

Deutlich positiver als vor drei Jahren schätzen die Industrieunternehmen ihre Finanzierungsmöglichkeiten am Standort ein. Die Note verbessert sich spürbar um 0,4 Punkte auf 2,9. Größere Unternehmen bewerten die Finanzierungsmöglichkeiten sogar fast als gut (Unternehmen über 500 Beschäftigte mit der Note 2,6). Ihr besserer Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet ihnen häufig weiteren Finanzierungsspielraum. Zu den insgesamt verbesserten Finanzierungsbedingungen tragen die noch ordentliche Konjunkturentwicklung und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bei. Gerade Letzteres überlagert momentan noch die Auswirkungen der verschärften Finanzmarktregulierung, ein Faktor, der insbesondere die

[2] Nicht nur Industriebetriebe, sondern die gesamte Wirtschaft nennt in der DIHK-Konjunkturumfrage die Energiekosten am häufigsten als Geschäftsrisiko.

für die Industrie so wichtige Langfristfinanzierung künftig aber klar erschweren wird.

Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reichen noch nicht aus

Ebenfalls besser als 2011 beurteilen die Industriebetriebe die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Fortschritte erfolgen freilich auf immer noch mäßigem Niveau. Die Einschätzungen steigern sich von 3,8 auf aktuell zumindest 3,5. Eine trotz unverkennbarer Anstrengungen der letzten Jahre nach wie vor nicht ausreichende Betreuungsinfrastruktur und vor allem zu kurze, unflexible Betreuungszeiten bereiten berufstätigen Eltern und Betrieben weiterhin Schwierigkeiten. Vielerorts setzen die Unternehmen auf Selbsthilfe: Sie organisieren Notfallbetreuung, richten Eltern-Kind-Büros ein oder sorgen für ein Betreuungsangebot in den Ferien. [3]

Gewachsenes Netzwerk als größtes Pfund

Die beste Standortnote (2,3) verteilen die Betriebe unter dem Strich der Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort. Die enge Verflechtung von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern bildet das Netzwerk Industrie und damit auch eine wichtige Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Die gute Bewertung unterstreicht die gesunde Mischung aus Unternehmen industrieller Branchen und Dienstleistern wie Beratung, Marktforschung oder Forschung und Entwicklung (FuE). Auch auf dem Internationalisierungskurs der Wirtschaft bleibt die regionale Nähe von Zulieferern und Dienstleistern wichtig. Dieses hohe Gut gerät jedoch in Gefahr, wenn einzelne Glieder der Wertschöpfungskette Schaden nehmen. So hat z. B. eine Schwächung der energieintensiven Industriesegmente weitreichende Konsequenzen: Integrierte Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland drohen zu reißen, ein vielfach betonter Wettbewerbsvorteil verspielt. Daher sollte es eine vordringliche Aufgabe der Politik sein, bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen die Bedeutung dieses Netzwerks im Auge zu behalten.

Fachkräfte: Qualität DIE Stärke ...

Ebenso gut wie das Netzwerk beurteilt die Industrie die Qualifikation ihrer Fachkräfte. Sie ist die größte Stärke des Standortes (Note: 2,3). Die Benotung verbessert sich im Vergleich zu 2011 sogar nochmals leicht (damals; 2,4). Schulische und universitäre Bildung sowie insbesondere das duale System der Berufsausbildung leisten einen wichtigen Beitrag für eine breite und fundierte Qualifizierung. Insbesondere die größeren Unternehmen (ab 500 Beschäftigte) schätzen das Wissen der Fachkräfte. Diese Unternehmensgrößenklasse bewertet das Niveau der Fachkräfte als Standortfaktor sogar mit einer 1,9. Über die einzelnen Branchen hinweg zeigen sich kaum Abweichungen in den Einschätzungen der Unternehmen.

[3] Siehe hierzu auch das aktuelle IHK-Unternehmensbarometer zur Kinderbetreuung 2014 „Am Ball bleiben - Kinderbetreuung flexibilisieren und ausbauen“, DIHK, Berlin.

... aber zu wenig verfügbar

Deutlich schlechter als die Qualität bewerten die Unternehmen allerdings die Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften (3,0). Immerhin fällt die Einschätzung der Unternehmen damit zwar nicht schlechter aus als 2011 (3,1). In diesem Zusammenhang signalisiert die demografische Entwicklung (Note für diesen Standortfaktor: 3,7) Handlungsbedarf für alle Beteiligten. Nicht nur schrumpft das Erwerbspersonenpotenzial, sinkende Kundenzahlen dämpfen auch die Absatzaussichten – ein weiterer Grund, Zuwanderer hierzulande stärker willkommen zu heißen.

Zusätzlich zu den demographischen Herausforderungen belastet der ungebremste Trend zur Akademisierung. Mit rund 500.000 haben 2013 fast so viele junge Menschen ein Studium wie eine Ausbildung begonnen. Immer mehr Industrieunternehmen suchen händeringend nach Auszubildenden. Zudem sind wegen der jüngsten staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt (abschlagsfreie Rente mit 63, gesetzlicher Mindestlohn) weitere Verknappungen zu befürchten. Insgesamt tun sich größere Betriebe deutlich leichter, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Note für die Verfügbarkeit von Fachkräften liegt mit 2,7 bei Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern deutlich besser. Auch Kleinbetriebe mit bis zu neun Mitarbeitern bewerten die Verfügbarkeit leicht über dem Schnitt.

Innovationsumfeld leicht verbessert

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren die öffentlichen Mittel für Forschung und Innovation aufgestockt. Diese Politik wirkt sich positiv aus: Die Unternehmen bewerten den Förderrahmen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit 2,9 leicht positiver als noch vor drei Jahren, auch wenn das Prädikat konstant bei „befriedigend“ bleibt (Note 2011 3,0): Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand hat hier in den letzten Jahren bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Akzente gesetzt. Dementsprechend verbessert sich gerade aus Mittelstandssicht das Innovationsumfeld: Betriebe mit bis zu 250 Mitarbeitern geben nun die Note 2,9 (nach zuvor 3,2). Bei größeren Betrieben ab 500 Mitarbeitern liegt die Bewertung sogar noch etwas besser (2,6). Die Vernetzung der Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen beurteilen die Unternehmen gegenüber der Umfrage 2011 ebenfalls besser (2,6 nach zuvor 2,8). Allerdings sehen besonders die kleineren Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern hier noch Nachholbedarf (2,8). Häufig verfügen sie nicht über die personellen Ressourcen, um stärker mit Forschungseinrichtungen kooperieren zu können und sind darauf angewiesen, dass die akademische Seite den ersten Schritt tut. Größere Betriebe (ab 500 Mitarbeitern) vergeben mit 2,4 eine deutlich bessere Note für diesen Standortfaktor.

Rechtssicherheit und sozialer Friede Standortstärken

Die Industrieunternehmen würdigen den sozialen Frieden als Stärke des Standorts Deutschland. Im Schnitt bewerten sie ihn weiterhin mit einer 2,4. Die alles in allem geringe Streikhäufigkeit und die zumeist konstruktive Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern prägen das positive Bild hierzulande. Zudem schätzen die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie die Rechtssicherheit als relativ gut ein (2,6, Vorumfrage: 2,8).

Mangelnde Flexibilität des Arbeitsrechts bleibt Kritikpunkt

Nachholbedarf sehen die Industrieunternehmen hingegen in der Ausgestaltung des Arbeitsrechts. Mit der durchschnittlichen Note 3,7 stellen sie aber zumindest ein etwas besseres Zeugnis als 2011 aus (Note 4,0). Die verbesserte Wahrnehmung ist auch durch die Überlagerung durch einen anderen Faktoren zu erklären: dem langjährigen Beschäftigungsaufbau, verbunden mit der Problematik des Fachkräftemangels. Allerdings brauchen die Betriebe auch in Zukunft flexible Möglichkeiten: So sind Zeitarbeit, Befristungen und Werkverträge bedeutende Flexibilitätsinstrumente für die Unternehmen, die nicht wieder eingeschränkt werden sollten.

Steuerrecht bleibt größtes Hemmnis

An letzter Stelle der Standortfaktoren rangiert unverändert die Komplexität des Steuerrechts (Note: 4,5). Von Praxistauglichkeit kann nicht die Rede sein – nicht einmal jeder zweite Betrieb gibt noch ein „ausreichend“ oder besser. Hohe Bürokratielasten, und ungleiche Wettbewerbsbedingungen sind die Folgen. Die Einschätzung des Standortfaktors „Steuern und Abgaben“ ist mit 4,1 fast ebenso schlecht. Derzeit sorgen sich viele Familienunternehmen um eine drohende Neuregelung der Erbschaftsteuer. Bei einem Wegfall der Verschonungsregel und gleichbleibenden Steuersätzen würde rein rechnerisch eine zusätzliche Erbschaftsteuerlast von jährlich fast elf Milliarden Euro bei Unternehmen entstehen – ein Menetekel angesichts der vielen Unternehmensübergaben die aktuell demografiebedingt in Deutschland anstehen.

Leichte Fortschritte bei Behördeneffizienz und Genehmigungsverfahren

Die Effizienz der Behörden erhält von den Unternehmen eine etwas bessere Bewertung als 2011. Die Note liegt nun bei 3,8 (2011: 4,1). Zwischenzeitliche kleine Erfolge, die beim Abbau der Bürokratiebelastungen durch Informationspflichten, z. B. bei der Lohnabrechnung oder der elektronischen Kommunikation erzielt werden konnten, kommen in der Bewertung der Behördeneffizienz zum Tragen. Allerdings machen lange Bearbeitungszeiträume, Formalitäten, z. B. bei Ausfuhrdokumenten und Zollanmeldungen, sowie lange Plan- und Genehmigungsverfahren den Unternehmen immer noch zu schaffen (Note 3,9). Eine verstärkte Nutzung von elektronischen Kommunikationswegen (E-Government) würde Kosten bei Unternehmen und Verwaltung sparen. Potenziale dieser Anwendungen bleiben nach wie vor nicht ausreichend genutzt, wie die elektronische Bilanz belegt: Die Unternehmen haben mit teils erheblichen Aufwänden die eBilanz eingeführt, in den Finanzämtern wird sie dann aber in vielen Fällen wie bislang auf Papier ausgedruckt – und in die Akten geheftet. Umsetzungsplanung von E-Government-Vorhaben, fehlende Standardisierungen und die Kommunikation über bereits bestehende Verwaltungsdienstleistungen müssen spürbar verbessert werden, damit die Potenziale der neuen technologischen Möglichkeiten für Bürger und damit auch Unternehmen nutzbar gemacht werden.

Umweltschutzauflagen und überbordende Bürokratie gehen Hand in Hand

Nahezu unverändert gegenüber 2011 benoten die Industriebetriebe den Standortfaktor Umweltschutzauflagen (3,5). Komplexe Regelungen zu Luftqualität, Umgebungslärm oder Natur- und Artenschutz verursachen einen hohen bürokratischen Aufwand und zusätzlich dazu Verkehrsbeschränkungen, Flächenengpässe oder Nutzungskonflikte – und das oft ohne positive Umwelteffekte. Den Maßnahmen geht oftmals keine ausreichende Analyse von Kosten und Nutzen voraus.

Großprojekte bleiben Herausforderung

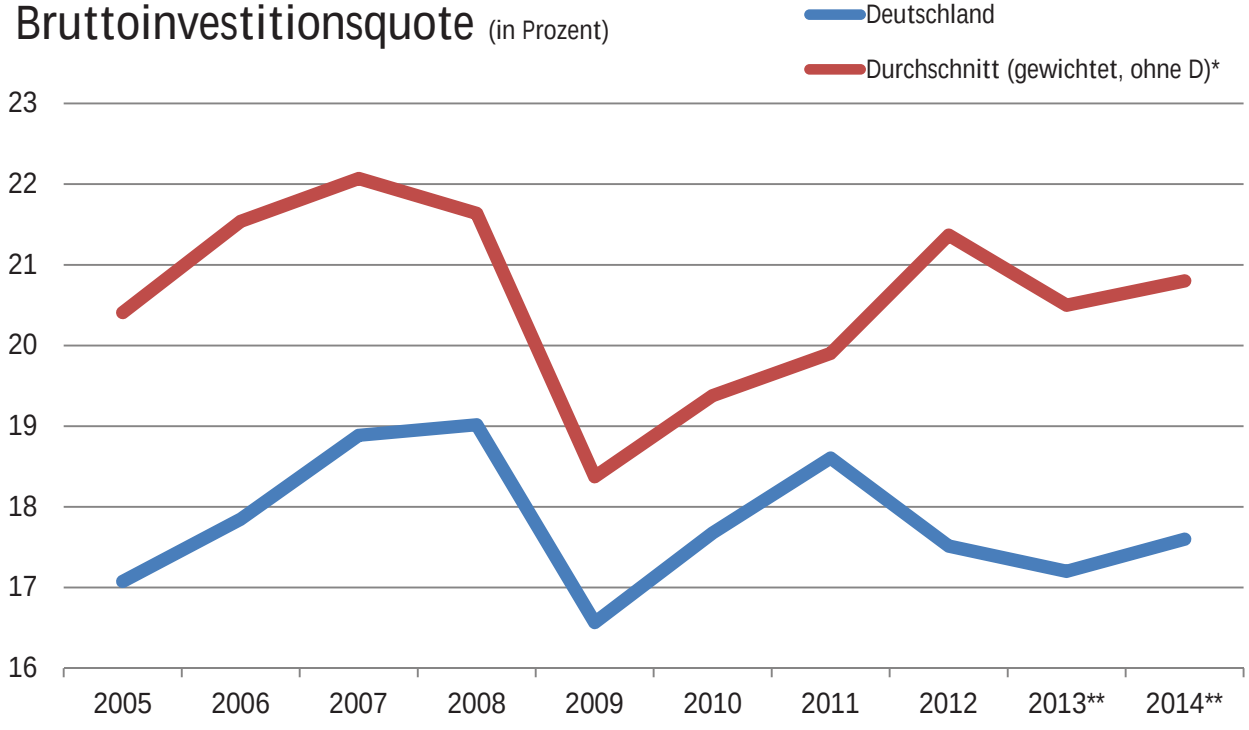
Infrastrukturelle und industrielle Großprojekte sind eine wesentliche Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze. Gleichzeitig wird der Ausbau von Verkehrswegen und Logistikeinrichtungen sowie der Bau von Kraftwerken, Windrädern und Hochspannungsleitungen zunehmend von Bürgern in Frage gestellt oder sogar blockiert. Im Urteil der Unternehmen ist diese Skepsis der Bürger ein erhebliches Problem (Note 4,0). Mehr Transparenz bei der Planung sowie eine bessere Informationspolitik und Einbindung der Bevölkerung könnten helfen, die Akzeptanz von Großprojekten zu erhöhen und Realisierungszeiträume zu verkürzen. Die Industrie- und Handelskammern engagieren sich auf regionaler Ebene immer stärker, um bei Großprojekten, industriellen Entwicklungen und Infrastrukturmaßnahmen Transparenz herzustellen und den öffentlichen Diskurs zu unterstützen.

Flankierung im globalen Wettbewerb

Der Standortfaktor „Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb“ erhält von den Betrieben eine 3,2. Insbesondere in den Bereichen der Normung bzw. Standardisierung, dem Freihandel sowie der Verfolgung von illegalen Wirtschaftspraktiken von Wettbewerbern aus anderen Staaten kann Politik wertvolle Beiträge leisten. Viele Unternehmen wünschen sich hier eine stärkere Positionierung seitens der Bundesregierung.

II. Investitionshemmnisse für den Industriestandort Deutschland

Die Investitionstätigkeit in Deutschland ist schon seit längerem zu gering. Während Deutschland 2012 17,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung investiert hat, waren es im Schnitt der anderen Industrieländer 21,4 Prozent (z. B. Österreich 27 Prozent, Schweden 21 Prozent). In den Jahren davor sah es nicht viel besser aus, so dass sich nach DIHK-Berechnungen seit 2005 im internationalen Vergleich eine durchschnittliche Investitionslücke von etwa drei Prozent am BIP ergibt. D.h. es hätten pro Jahr etwa 80 Mrd. Euro mehr in Deutschland investiert werden müssen. Mindestens – denn ob das ausreichend gewesen wäre, ist nicht einmal sicher: Deutschland braucht wegen seines hohen Industrieanteils und der damit verbundenen hohen Kapitalausstattung eher noch mehr Investitionen. Zieht man das Investitionsdefizit des Staates ab, verbleiben rund 60 Mrd. Euro zu geringe Investitionen im privaten Bereich.



* Durchschnitt der Länder Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Tschechien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Mexiko, Niederlande, Slowakei, Schweden, Vereinigtes Königreich, USA (soweit verfügbar); ** Schätzung; Quelle: DIHK, OECD.

Über die Hälfte der Unternehmen sehen Investitionshemmnisse

Über die Hälfte der Betriebe sehen Hemmnisse am Standort Deutschland, die ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen (56 Prozent). Branchen wie der Maschinenbau und die Elektrotechnik sehen dabei mit 48 bzw. 49 Prozent etwas seltener strukturelle Hemmnisse am Standort. Wohingegen z. B. die chemische (inklusive pharmazeutische) Industrie (62 Prozent) oder die Metallerzeuger (60 Prozent) weit häufiger davon berichten.

Aufschluss über die wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte gibt die Frage, welche Standortfaktoren verbessert werden müssten, um zusätzliche Investitionen hierzulande auszulösen.

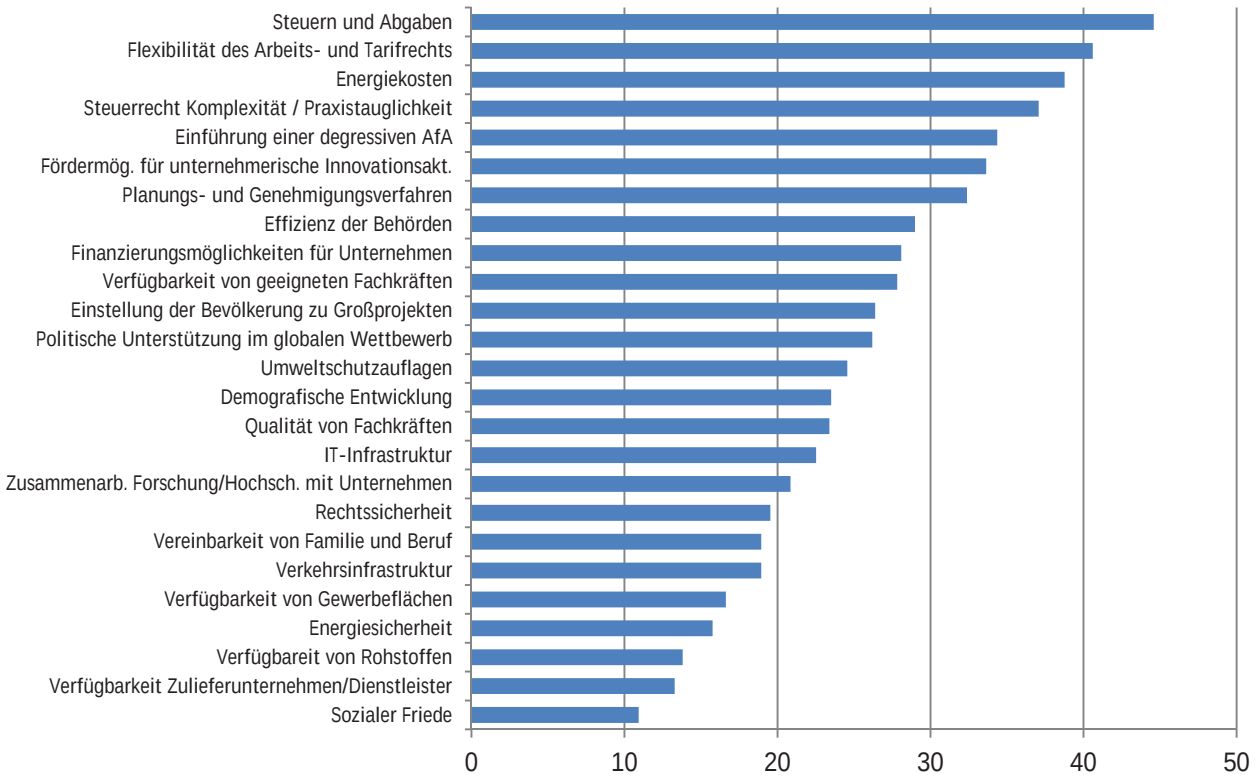
Steuerliche Aspekte vorn

In besonders hohem Umfang nennen die Unternehmen steuerliche Aspekte als konkrete Investitionsbremsen. So würden 45 Prozent der Betriebe bei einer Verbesserung des Standortfaktors „Steuern und Abgaben“ mehr (31 Prozent) oder sogar deutlich mehr (14 Prozent) im Inland investieren. Diese Einschätzung zieht sich konstant durch alle Unternehmensgrößenklassen und Branchen.

Schon eine Reduktion von Komplexität bzw. Erhöhung von Praxistauglichkeit im deutschen Steuerrecht würde 38 Prozent der Betriebe zu mehr Investitionen am Standort Deutschland motivieren (12 Prozent „deutlich mehr“, 26 Prozent „mehr“). Hier sehen sich kleinere Betriebe deutlich stärker betroffen. In der Größenklasse bis

Folgende Standortfaktoren würden in den Industrieunternehmen zu mehr Investitionen im Inland führen

(Summe der Antworten "deutlich mehr Investitionen" und "mehr Investitionen" in Prozent)



250 Mitarbeiter würden bei mittelstandsfreundlicher Ausgestaltung von Steuern und Abgaben sogar 40 Prozent mehr Kapital am Standort investieren. Größeren Unternehmen (ab 500 Mitarbeiter) steht häufig mehr Personal zur Verfügung um mit dem komplizierten Steuersystem umzugehen. Ergebnis: Hier sind es „nur“ 29 Prozent.

Neben der Höhe und der Komplexität sind auch die derzeitigen Abschreibungsbedingungen eine schwerwiegende Investitionsbremse. Die Wiedereinführung der degressiven AfA würde bei 35 Prozent der Betriebe zu einer stärkeren Investitionstätigkeit führen (acht Prozent „deutlich“, 27 Prozent „mehr“). Die degressive AfA – anfangs mehr, am Ende weniger Abschreibungsvolumen – entspricht am ehesten dem tatsächlichen wirtschaftlichen Wertverzehr von Investitionen.

Mangelnde Flexibilität im Arbeitsrecht

Ein flexibles Arbeitsrecht wäre ein wichtiger Treiber für Investitionen am Standort. 41 Prozent der Industriebetriebe und industrienahen Dienstleister würden ihren Kapitaleinsatz hierzulande erhöhen, wenn ein stärkeres Maß an Flexibilität im Arbeits- und Tarifrecht Einzug findet (14 Prozent „deutlich mehr“, 27 Prozent „mehr“). Dies gilt in besonderem Maße für den Maschinenbau (45 Prozent) und das Druckgewerbe (ebenfalls 45 Prozent), weniger hingegen in der chemischen Industrie (34 Prozent). Flexible Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Befristungen stehen häufig in der Kritik und werden als scheinbar „prekäre“ Beschäftigung an den Pranger gestellt. Sie geben den Unternehmen jedoch die nötige Flexibilität, um auf eine stärker schwankende und kurzfristigere Auftragsvergabe zu reagieren. Zudem erleichtern sie Arbeitsuchenden den Weg in Beschäftigung. Besonders Betriebe aus dem größeren Mittelstand mit 250 bis 500 Mitarbeiter sehen hier aktuell eine Investitionsbremse (47 Prozent).

Energiekosten als schwere Investitionsbremse

Die Energiekosten haben sich zu einem Standortnachteil entwickelt und schlagen voll auf die Investitionsbereitschaft durch: Knapp vier von zehn Betrieben würden bei einer Verbesserung bei diesem Standortfaktor ihre Investitionsbudgets ausweiten (14 Prozent „deutlich mehr“ und 26 Prozent „mehr“). Die staatlich verursachten Belastungen des Strompreises sind seit 1998 von zwei auf über 30 Milliarden Euro im Jahr gestiegen. Dieses Geld fehlt den Betrieben für Zukunftsinvestitionen. Angesichts der fehlenden Planungssicherheit über den Fortgang der Energiewende weisen gerade energieintensive Branchen hierzulande in den letzten Jahren eine schwache Investitionsentwicklung auf. Unternehmen dieser Bereiche haben ihre Abschreibungen in Deutschland seit 2001 nicht wieder komplett neu investiert. Rund 45 Prozent der Metallerzeuger- und Bearbeiter, 43 Prozent der Gummi- und Kunststoffindustrie und 43 Prozent der chemischen Industrie geben an, mehr zu investieren, falls sich dieser Standortfaktor verbessert. Bedenken hinsichtlich der Versorgungssicherheit hindern Unternehmen hingegen weniger am investieren – 16 Prozent sehen hier ein Hemmnis.

Investitionen brauchen Fachkräfte

Qualität und Verfügbarkeit von Fachkräften bremsen die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen spürbar. Unternehmen suchen oftmals händeringend nach Auszubildenden. Bei aller Notwendigkeit hoher Studentenzahlen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist der Industriestandort Deutschland auch auf Facharbeiter in diesem MINT-Bereich angewiesen. Bleiben Azubis und adäquat einsetzbare Hochschulabsolventen aus, werden auch Investiti-

onen zurückgestellt. Gerade vor dem Hintergrund hoher Abbrecherquoten in einigen Studienfächern drohen unnötige Qualifizierungslücken zu entstehen. Gelänge es an der Stellschraube „Verfügbarkeit von Fachkräften“ nachhaltig zu drehen, würden knapp 28 Prozent der Unternehmen ihre Investitionen ausweiten (Qualität: 22 Prozent).

Bürokratie hemmt

Mit effizienteren Behörden könnten gut 29 Prozent der Betriebe zusätzliche Investitionen angehen (davon sieben Prozent „deutlich mehr“). Bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren würden im Falle einer Verbesserung sogar 33 Prozent höhere Investitionsbudgets umsetzen (davon ebenfalls sieben Prozent „deutlich mehr“). In den für Unternehmen geschäftsrelevanten Bereichen Beschäftigung, Energieeinsatz, Umweltschutz und Finanzierung fällt die Gesetzgebung der Bundesregierung zunehmend bürokratisch aus. Die Standortfaktoren „Effizienz der Behörden“ sowie „Planungs- und Genehmigungsverfahren“ haben folglich eine hohe Relevanz für den Investitionsstandort.

Innovation als starker Hebel

Dass eine relativ gute Bewertung für einen Standortfaktor nicht im Widerspruch zu einer großen Hebelwirkung bei Verbesserung steht, zeigt der Standortfaktor „Fördermöglichkeiten für unternehmerische Innovationsaktivitäten“. Rund ein Drittel der Unternehmen würden bei einer Verbesserung mehr investieren, auch wenn die Bewertung für diesen Standortfaktor bereits relativ gut ausfällt (Note 2,9). Innovationsaktivitäten haben zumeist unmittelbaren Investitionscharakter und führen nicht selten zu Anschlussprojekten. Ähnliches gilt für den Standortfaktor „Finanzierungsmöglichkeiten“. 28 Prozent würden mehr investieren, obwohl die Schulnotenbewertung hier ganz gut liegt (2,9).

Industrie 4.0 brauch IT-Infrastruktur

Die Standortfaktoren, die sich unter dem Oberbegriff „Infrastruktur“ subsummieren lassen, machen sich zwar nicht unmittelbar in den Bilanzen der Betriebe bemerkbar, ziehen aber zum Teil auch höhere betriebliche Investitionsentscheidungen nach sich. 23 Prozent der Unternehmen würden bei einer verbesserten IT-Infrastruktur mehr investieren. Schnelles Internet ist eine Grundvoraussetzung für Technologiesprünge im Industriebereich (Stichwort „Industrie 4.0“).

Schlechte Verkehrsinfrastruktur = weniger Investitionen

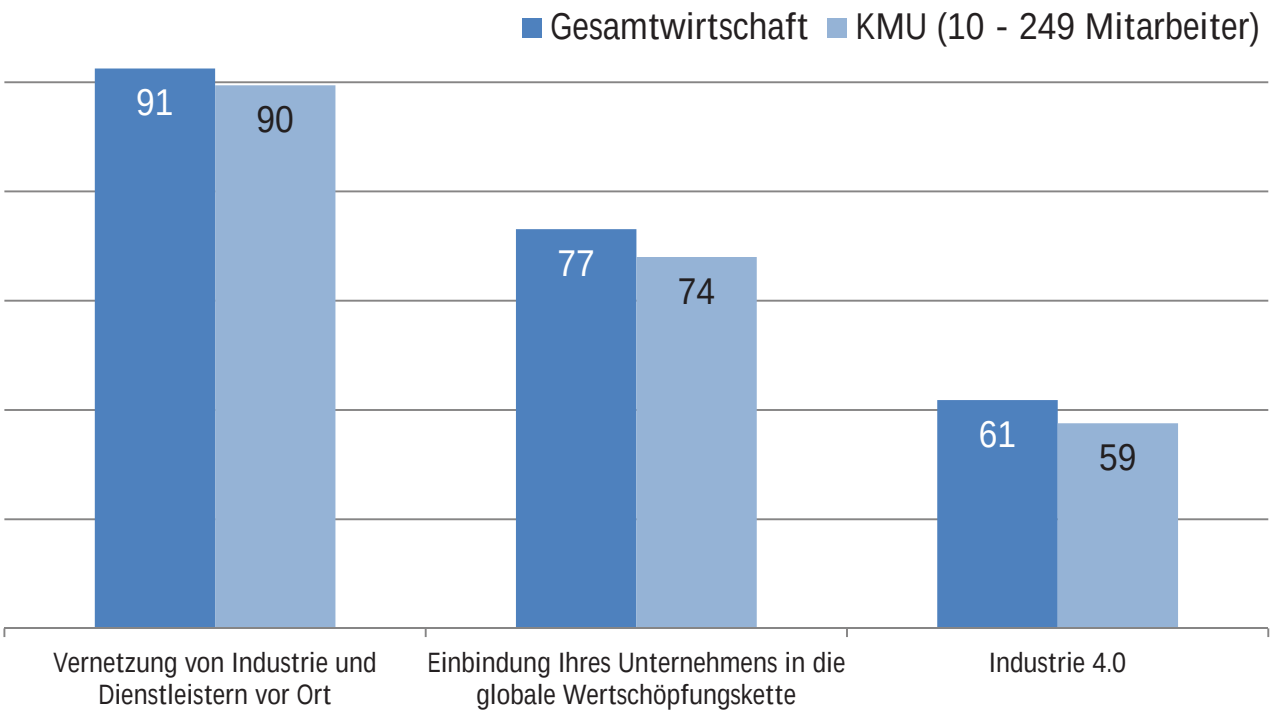
Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur würde 19 Prozent der Unternehmen zu mehr Investitionen veranlassen. Noch deutlicher wirkt sich die vielfach negative Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten aus – der Ausbau von Verkehrswegen und Logistikeinrichtungen sowie der Bau von Kraftwerken, Windrädern und Hochspannungsleitungen werden zunehmend von Bürgern in Frage gestellt. Akzeptanz-Verbesserungen würden gut 26 Prozent der Betriebe motivieren, am heimischen Standort mehr zu investieren. Die einfachere Bereitstellung von Gewerbeflächen könnte bei immerhin 17 Prozent der Betriebe deutliche Investitionsimpulse auslösen (Maschinenbau sogar 20 Prozent). Ver-gleichsweise unproblematisch ist momentan die „Verfügbarkeit von Rohstoffen“. Verbesserungen in diesem Bereich würden 14 Prozent der Unternehmen zu mehr Investitionen veranlassen. Die "Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern" sowie der "Soziale Friede" sind ausgewiesene Stärken des Standorts Deutschland – und bergen dementsprechend kaum Potenzial für Verbesserungen in Sachen Investitionsbereitschaft der Unternehmen (13 bzw. elf Prozent).

III. Vernetzte Produktion

Industrie 4.0 gewinnt an Fahrt

Gut sechs von zehn Industrieunternehmen halten das Thema Industrie 4.0 für wichtig (48 Prozent) oder sehr wichtig (13 Prozent). Unter Industrie 4.0 versteht man, dass die am Produktionsprozess beteiligten Komponenten (Maschinen, Betriebsmittel, Lagersysteme, Logistik, etc.) über Sensoren und Netzwerke selbstständig miteinander kommunizieren. Ziel ist es, jedes Produkt nach individuellen Kundenwünschen herstellen zu können, ohne die Kostenvorteile einer Großserienfertigung zu verlieren. Bei diesem Thema fällt auf, dass KMU (bis 250 Mitarbeiter) Industrie 4.0 etwas weniger Priorität einräumen (59 Prozent „wichtig“ und „sehr wichtig“) als größere Betriebe (ab 500 Mitarbeiter, 72 Prozent).

Wie wichtig erachten die Industrieunternehmen folgende Themenkomplexe
(Summe der Antworten "sehr wichtig" und "wichtig" in Prozent)



Experten schätzen, dass die mit Industrie 4.0 verbundene umfassende Flexibilisierung (Produktion, Energiemanagement, Auslastungsplanung) zu erheblichen Produktivitätssteigerungen führen kann[4]. Voraussetzungen hierfür sind allerdings ein flächendeckender Breitbandausbau, begleitende öffentliche Forschungsförderung, Klärung von datensicherheitstechnischen Fragestellungen und die politische Unterstützung von technischen Standardisierungsprozessen. Aus Branchensicht eröffnet Industrie 4.0 nicht nur für die Unternehmen der Elektrotechnik neue Absatzmöglichkeiten (63 Prozent), sondern wird auch von der Mehrzahl der industrienahen Dienstleister (72 Prozent) als wichtiges Handlungsfeld gesehen.

Vernetzung vor Ort als wichtiger Standortvorteil

Die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort wird von den Industriebetrieben als Standortfaktor mit am positivsten bewertet (Standortnote 2,3). Darüber hinaus messen die Unternehmen der Vernetzung von Industrie und Dienstleistern vor Ort ebenfalls sehr große Bedeutung bei: 91 Prozent halten sie für wichtig (davon 37 Prozent sogar „sehr wichtig“). Bemerkenswert ist, dass diese Einschätzung für alle Unternehmensgrößenklassen gleichermaßen gilt. Auch größere Betriebe (ab 500 Mitarbeitern) sehen in der Vernetzung vor Ort eine wichtige Stärke (95 Prozent). Anstatt alles in Eigenregie zu produzieren, arbeiten sie oft mit Zulieferern zusammen, die sich in Unternehmensnähe angesiedelt haben. Zu diesem Netzwerk gehören aber auch Energieversorger sowie IT- und Forschungsdienstleister. Die Unternehmensantworten belegen die Bedeutung von geschlossenen Wertschöpfungsketten für den Standort Deutschland. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe der Politik, bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen die Bedeutung dieser Netzwerke mitzudenken. Beispielsweise hat eine Schwächung der energieintensiven Industriesegmente weitreichende Konsequenzen auf diese integrierten Wertschöpfungsketten.

[4] „Allein für die sechs Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, chemische Industrie, Landwirtschaft und Informations- und Kommunikationstechnologie wird bis 2025 ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial von 78 Milliarden Euro (jährlich 1,7 Prozent Wachstum) durch Industrie 4.0-Technologien erwartet.“, BITKOM (2014) „Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland“, S. 6.

Globale Wertschöpfungsketten ebenso relevant

Auch die Einbindung auf globaler Ebene ist für die deutschen Unternehmen von hoher Bedeutung. 77 Prozent der Industriebetriebe halten sie für wichtig oder sehr wichtig. Bei Unternehmen ab 500 Mitarbeitern erreicht der Wert sogar 88 Prozent. Ein Grund hierfür liegt in der stärkeren Auslandsorientierung größerer Betriebe.

Besonders viele Unternehmen in den exportintensiven Branchen wie Chemie und Pharma (86 Prozent) oder im Maschinenbau (81 Prozent) sehen zudem in der fortschreitenden Internationalisierung ihrer Produktions- und Vertriebsprozesse vielfältige Chancen.

Dies verdeutlicht einerseits wie wichtig bewährte Strukturen der deutschen Außenwirtschaftsförderung für die deutschen Unternehmen sind, insbesondere IHKs, AHKs oder die Agentur „Germany Trade and Invest“, sowie andererseits die Notwendigkeit von weiteren Handelsliberalisierungen. Aktuell sehen sich noch viele Unternehmen mit einer Zunahme von Handelshemmnissen konfrontiert, insbesondere im nicht-tarifären Bereich. Auch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Deshalb sollte die Bundesregierung auf nationaler, EU- und internationaler Ebene (G8, G20) protektionistischen Tendenzen entschlossen entgegentreten. Eine liberale Handelspolitik auf multilateraler Ebene und ausgewählte regionale Freihandelsabkommen wie insbesondere TTIP sollten Priorität haben.

IV. Maßnahmen der Unternehmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

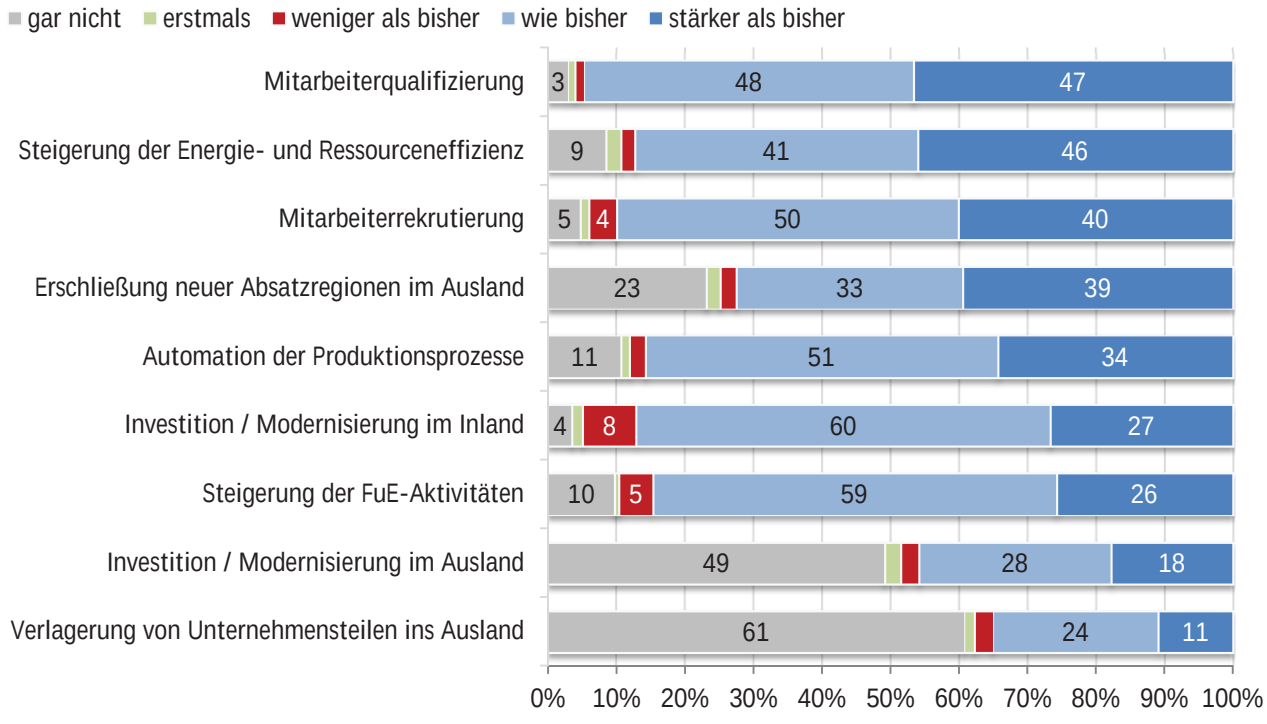
Vielseitige Aktivitäten

Zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie eine Vielzahl von Maßnahmen durch. Mitarbeiterbindung und -qualifizierung, Steigerung der FuE-Aktivitäten und der Energie- und Ressourceneffizienz, Automatisierung der Produktionsprozesse sowie Erschließung neuer Absatzregionen im Ausland sind dabei wichtige Stellschrauben. Ein ernstes Warnsignal für den Industriestandort Deutschland ist jedoch: Die Verlagerung von Betriebsteilen ins Ausland gewinnt an Bedeutung.

Verlagerungen von Unternehmensteilen ins Ausland nehmen zu!

Immerhin elf Prozent der Industrieunternehmen geben an, zukünftig Produktion stärker ins Ausland verlagern zu wollen (Vorumfrage 2011 nur sechs Prozent), lediglich drei Prozent geben an weniger zu verlagern (gleicher Wert wie in der Vorumfrage). 61 Prozent der Betriebe beschäftigen sich momentan nicht mit Verlagerungen. Das Bild gewinnt an Schärfe, wenn man sich die Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, die in besonders starkem Maße im internationalen Wettbewerb stehen, betrachtet. Hier planen sogar 23 Prozent mehr Verlagerungen. Bereits in vorherigen Umfragen der IHK-Organisation (z. B. IHK-Energiewendebarometer,

Inwieweit ergreifen die Industrieunternehmen Maßnahmen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern? (in Prozent)



Auslandsinvestitionen 2014) hatte sich angedeutet, dass Verlagerungen für viele Betriebe mittlerweile wieder ein Mittel sind, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Hauptauslöser dafür sind die Energiekosten. Steigende Weltmarktpreise für Energierohstoffe wären für die deutschen Unternehmen noch eher zu verkraften, da auch internationale Wettbewerber betroffen wären. Hingegen betreffen die zahlreichen nationalen Sonderlasten wie Einspeisevergütungen, Stromsteuer, Kraft-Wärme-Kopplungs-Abgabe nur die Unternehmen hierzulande und führen zu Verzerrungen im internationalen Wettbewerb. Der Gang ins Ausland wird so zunehmend attraktiver. Bei der energieintensiven Gummi- und Kunststoffindustrie beschäftigt sich inzwischen jedes zweite Unternehmen mit der Verlagerung von Unternehmensteilen ins Ausland, jedes vierte sogar stärker als bisher.

Energie- und Ressourceneffizienz weiterhin besonders wichtig

Knapp neun von zehn Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie setzen auf einen effizienteren Ressourceneinsatz. 46 Prozent forcieren diese Aktivitäten sogar noch. Besonders große Anstrengungen unternehmen die energieintensiven Sparten Chemische Industrie (64 Prozent planen mehr Maßnahmen) und Metallerzeugung (65 Prozent mit größerem Engagement). Diese Aktivitäten unterstützt die IHK-Organisation z. B. im Rahmen der mit der Bundesregierung initiierten „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ durch Information und Qualifizierung.

Weiterhin großes Engagement bei der Mitarbeiterqualifizierung

Nahezu alle Unternehmen setzen auf die weitere Qualifizierung ihrer Mitarbeiter (97 Prozent). Die Bedeutung dieses Faktors ist bereits so hoch, dass eine weitere Steigerung kaum mehr möglich erscheint – gegenüber der Vorumfrage aus dem Jahr 2011 bleibt der Anteil ungefähr gleich. Unter den Unternehmen, die ihre Mitarbeiter qualifizieren, erhöhen sogar 47 Prozent ihre Weiterbildungsmaßnahmen. Besonders der Mittelstand bis 500 Mitarbeiter verfolgt stärker als bisher Strategien zur Mitarbeiterqualifizierung (57 Prozent, 2011 ebenfalls 57 Prozent). Dabei legen die Industrieunternehmen besonderen Wert auf die Weiterentwicklung berufsspezifischer Fertigkeiten, die helfen, die Wettbewerbsposition auszubauen. Die IHKs unterstützen den Prozess der Mitarbeiterqualifizierung intensiv. So gibt es jährlich 80.000 Fortbildungsprüfungen.

Rund 95 Prozent der Betriebe sehen in der Rekrutierung von Mitarbeitern ein Instrument, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Der demografische Wandel erschwert es Unternehmen aber zunehmend Fachkräfte zu finden. 31 Prozent der Industriebetriebe sehen bereits heute im Fachkräftemangel ein großes Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten.[5] Es wundert daher nicht, dass 40 Prozent der Unternehmen hier ihr Engagement aktuell noch steigern wollen.

[5] Siehe hierzu DIHK (2014): „Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühsommer 2014 – Dynamik im Inland überlagert Störfaktoren“, DIHK-Verlag, Berlin.

Präsenz auf neuen Märkten von herausragender Bedeutung

Mehr als drei Viertel der Unternehmen investieren, um neue Märkte zu erschließen, z. B. mit Hilfe des Auf- und Ausbaus von neuen Produktionsstätten oder von Vertrieb und Kundendienst. Unter diesen auslandsaktiven Unternehmen weiten 40 Prozent ihr Engagement aus. Ein stärkeres Engagement im Ausland als bisher planen insbesondere die Elektrotechnikunternehmen (58 Prozent), die Maschinenbauer (54 Prozent) sowie die Chemie- und Pharmabranche (51 Prozent). Die aufgestockten Auslandsbudgets der Industrieunternehmen kommen auch dem Inland zugute. Betriebe mit Auslandsinvestitionen wollen auch hierzulande kräftiger investieren und ihre Beschäftigung aufstocken[67].

Automatisierung bleibt Topthema

Etwa neun von zehn Unternehmen und damit ähnlich viele wie 2011 automatisieren ihre Produktionsprozesse. 34 Prozent intensivieren sogar ihre Anstrengungen. Besonders in der Metallerzeugung und -bearbeitung, in der bereits 97 Prozent der Unternehmen auf eine Automation ihrer Produktionsprozesse setzen, plant mehr als jedes zweite Unternehmen eine noch stärkere Automatisierung (51 Prozent). Auch bei den Betrieben in der Elektrotechnik erhöhen überdurchschnittlich viele den Automatisierungsgrad ihrer Produktion (37 Prozent).

Investition – Negative Vorboten?

Seit inzwischen vier Jahren sind die Investitionsabsichten der Industrieunternehmen im positiven Bereich[8]. Dies ist zum größten Teil der zwischenzeitlich gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit und vor allem der konjunkturell bedingten zumeist guten Auslastung der Kapazitäten zu verdanken. Deutschland war damit im Begriff, die chronische Investitionslücke zu reduzieren – nicht zuletzt dank wirtschaftspolitischer Reformen, die zwar eine gehörige Zeit zurück liegen, aber unverändert sinnvoll waren. Nun droht Deutschland jedoch, Standortvorteile zu verspielen. Konjunkturelle Faktoren können die strukturellen Verschlechterung eine Zeit lang verdecken, aber nicht aufhalten. Aktuell geben immerhin noch 27 Prozent der Betriebe an, ihre Investitionen am Standort Deutschland ausweiten zu wollen. Allerdings planen auch acht Prozent eine Reduktion. Besonders die energieintensiven Industrien wie Chemie oder Gummi- und Kunststoffindustrie streichen ihre Investitionspläne deutlich zusammen (14 bzw. 13 Prozent). Bei den Mittelständlern bis 500 Mitarbeitern plant jeder zehnte mit geringeren Investitionen als bisher (elf Prozent). Das können Vorboten dafür sein, dass der Standort Deutschland an Attraktivität verliert. Dies zeigt auch, dass mehr als ein Drittel jener Betriebe mit Auslandsengagements eine Ausweitung planen (lediglich drei Prozent eine Reduktion).

---

[6] ebd.

[7] Allerdings: Aus Kostengründen ins Ausland zu gehen, gewinnt für die Unternehmen wieder leicht an Bedeutung, nachdem das Motiv seit 2003 nahezu kontinuierlich verloren hatte. Gaben die Kosten 2013 noch für 20 Prozent der Betriebe den Ausschlag, sind es nun 21 Prozent. Die Zunahme gibt ein erstes Warnsignal, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland dabei ist, Standortvorteile wieder zu verspielen. Siehe hierzu: DIHK (2014): „Auslandsinvestitionen in der Industrie 2014 - Auslandsengagement steigt – besonders in Europa“, DIHK-Verlag, Berlin.

[8] Siehe hierzu DIHK (2014): „Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühsommer 2014 – Dynamik im Inland überlagert Störfaktoren“, DIHK-Verlag, Berlin.

Forschung und Entwicklung weiter ausgebaut

Über 90 Prozent der Industrieunternehmen setzen auf Forschung und Entwicklung, 26 Prozent von ihnen planen eine Steigerung ihrer FuE-Aktivitäten. Fünf Prozent müssen Kürzungen vornehmen. Die weiterhin expansiven Forschungsaktivitäten der Betriebe zeugen von den insgesamt als gut eingeschätzten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation am Standort Deutschland. Zudem sorgt die starke internationale Ausrichtung der deutschen Unternehmen, einhergehend mit hohem Wettbewerbsdruck, für zusätzliche Innovationsimpulse hierzulande. Auch die Bundesregierung hat trotz notwendiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen den Haushalt für Forschung und Innovation seit einigen Jahren deutlich ausgeweitet.

Fragebogen

1. Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland? (Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)?

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften						
Qualität von Fachkräften						
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts						
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						
Verfügbarkeit von Rohstoffen						
Umweltschutzauflagen						
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)						
Verkehrsinfrastruktur						
IT-Infrastruktur/ Breitband						
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten / Industrieanlagen / neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						
Demografische Entwicklung (z. B. Nachfrage, Belegschaft, Sozialsysteme)						
Sozialer Friede						

3. In Deutschland wird derzeit die These vertreten, dass die Unternehmen (abgesehen von konjunkturellen Schwankungen) zu wenig investieren. Sehen Sie Hemmnisse am Standort Deutschland, die Ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen?

Ja	Nein

3a. Würde eine Verbesserung bei folgenden Standortfaktoren in Ihrem Unternehmen zu mehr Investitionen im Inland führen?

	deutlich mehr Investitionen	mehr Investitionen	keine Veränderung	nicht relevant
Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften				
Qualität von Fachkräften				
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts				
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf				
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)				
Höhe der Steuern und Abgaben				
Einführung einer degressiven AfA				
Energiekosten				
Energieversorgungssicherheit				
Umweltschutzauflagen				
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)				
Verkehrsinfrastruktur				
IT-Infrastruktur/ Breitband				
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen				
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren				
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen				
Fördermöglichkeiten für unternehmerische Innovationsaktivitäten				
Zusammenarbeit mit Forschung / Hochschulen				
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort				
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten / Industrieanlagen / neuen Technologien				
Rechtssicherheit				
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Aussenhandelsförderung				
Demografische Entwicklung (z. B. Nachfrage, Belegschaft, Sozialsysteme)				
Verfügbarkeit von Rohstoffen				
Sozialer Friede				

4. Themenkomplex „Vernetzte Produktion“

Wie wichtig erachten Sie …

	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig	nicht relevant
… die Vernetzung von Industrie und Dienstleistern vor Ort?				
… die Einbindung Ihres Unternehmens in die globale Wertschöpfungskette?				
… Industrie 4.0?				

Inwieweit ergreift Ihr Unternehmen Maßnahmen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern?

	gar nicht	erstmals	weniger als bisher	wie bisher	stärker als bisher
Mitarbeiterbindung und –qualifizierung					
Mitarbeiterrekrutierung (Nachwuchs)					
Steigerung der FuE-Aktivitäten					
Automatisierung der Produktionsprozesse					
Investition/Modernisierung im Inland					
Investition/Modernisierung im Ausland					
Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz					
Erschließung neuer Absatzregionen im Ausland					
Verlagerung von Unternehmensteilen ins Ausland					

Angaben zum Unternehmen

Bundesland: _____
Name der IHK: _____

Branche	
Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau	☐
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	☐
Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe	☐
Holzgewerbe (ohne Möbel)	☐
Papiergewerbe	☐
Druckgewerbe	☐
Chemische und Pharmazeutische Industrie	☐
Gummi- und Kunststoffindustrie	☐
Glas, Keramik, Steineverarbeitung	☐
Metallerzeugung und -bearbeitung	☐
Metallerzeugnisse	☐
Elektrotechnik	☐
Maschinenbau	☐
Kraftfahrzeugbau	☐
Sonstiger Fahrzeugbau	☐
Möbel	☐
Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Waren	☐
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	☐
Energieversorgung	☐
Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	☐
Industrienahe Dienstleister	☐
Sonstige	☐

Anzahl der Mitarbeiter

1-9	10-249	250-499	über 500
☐	☐	☐	☐

DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie

- DIHK-Industriereport 2005/2006 Industrie - Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2005.
- Investitionsstandort Deutschland auf dem Prüfstand – Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung im In- und Ausland, Berlin 2005.
- Investitionen im Ausland - Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2006.
- DIHK-Industriereport 2006/2007 Industrie - Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2006.
- Investitionen im Ausland - Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2007.
- DIHK-Industriereport 2007/2008 Industrie - Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2007.
- Investitionen im Ausland - Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2008.
- „Jenseits der Krise - Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschlands" aus Sicht der Industrieunternehmen, Berlin 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2009.
- DIHK-Industriereport 2009 - Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2010.
- DIHK-Industriereport 2010/2011 - Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2010.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2011.
- Industrie: Deutschlands Motor läuft rund – aber nicht von alleine – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, August 2011
- DIHK-Industriereport 2011/2012 - Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2011.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2012.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2013.
- DIHK Schlaglicht Hochtechnologie, Ergebnisse einer Befragung der IHK-Organisation bei über 1.400 Hochtechnologieunternehmen, 2013.
- DIHK-Industriereport 2014 - Industrie: Zuversicht steigt, Risiken bleiben, Frühjahr 2014.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie - Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2014.